

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

11.09.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>MV profitiert kaum vom Windkraft-Boom in der Ostsee</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 11.09.2023</i> .....	3
2   <b>Strahlendes Erbe – noch für Jahrzehnte</b> <i>Deister- und Weserzeitung, 09.09.2023</i> .....	5

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 11.09.2023 | S. 14

 Auflage: 25.373 | Reichweite: 79.409

 Martina Rathke

## UNTERWEGS MIT 50HERTZ VOR RÜGEN

# MV profitiert kaum vom Windkraft-Boom in der Ostsee

**Eine Studie kommt zu ernüchternden Ergebnissen. Vom Offshore-Boom in der Ostsee profitiert vor allem Baden-Württemberg. Dass MV nur im Mittelfeld liegt, hat strukturelle Gründe. Mit dem Ausbau der Windkraft vor Rügen soll sich das ändern.**

Eine lange Schlange an der Gangway: Menschen drängen in Sassnitz an Bord der „Lady von Büsum“. Beim Einchecken verteilt die Crew Sonnencreme mit 50Hertz-Logo. Schutzfaktor 50. Die Sonne knallt aufs Deck. Im Auftrag des Übertragungsnetzbetreibers 50Hertz steuert das Ausflugsschiff am Samstag auf die Ostsee - dorthin, wo der grüne Strom in deutschen Hoheitsgewässern erzeugt wird.

Das Berliner Unternehmen baut mit den Stromtrassen quasi die Aorten, die die Offshore- Windanlagen östlich von Rügen mit dem Festland verbinden. Mit 250 Menschen an Bord lenkt Kapitän Mirko Mädchen seine „Lady“ an den Kreidefelsen vorbei zur offenen See.

„Die Menschen sollen ein Gefühl für die Größe der Anlagen bekommen“, begründet Henrich Quick, Offshore-Projektleiter von 50Hertz, die Ausfahrt. Das Energieunternehmen will um Akzeptanz für den Ostsee-Strom werben.

Wütende Proteste wie um das LNG-Terminal oder um Windkraftanlagen an Land kennt die Offshore-Branche nicht. „Glücklicherweise“, sagt Quick. Seine Vermutung: „Es gibt bei uns keine unmittelbaren Nachbarn, die sich an den Anlagen stören.“

In der Ostsee vor MV drehen sich bereits Windanlagen mit einer Leistung von 1,35 Gigawatt. Und es sollen noch mehr werden. Deutschlands Energiewende findet zu einem nicht unerheblichen Teil vor MVs Küste statt. Mit vier weiteren Windparks kommen künftig noch 2,68 Gigawatt dazu. Vor Kurzem sicherte sich der Ölkonzern Total Energies den Zuschlag für die letzte Fläche in der deutschen Ostsee und legte dafür zwei Milliarden Euro auf den Tisch. Das Areal liegt dort, wo die meisten Windparks stehen - nordöstlich von Rügen.

„Hier geht richtig was ab.“ Quick fährt mit dem Finger über die Landkarte, die 50Hertz im Unterdeck des Schiffes aufgehängt hat. Das Unternehmen baut mit Ostwind 3 und 4 gerade zwei weitere Offshore-Stromtrassen nach Lubmin. Weitere müssen folgen, um den grünen Strom an die Küste zu bringen. Nicht nur den Strom aus deutschen Gewässern, sondern perspektivisch auch den aus Dänemark, Schweden, dem Baltikum.

Kapitän Mirko Mädchen lenkt sein Schiff mittlerweile durch die Windparks. Backbord: „Baltic Eagle“, 476 Megawatt, noch im Bau. Rotordurchmesser 174 Meter, 9,5 MW-Turbinen. Steuerbord: „Wikinger“, seit 2017 am Netz. 70 Anlagen mit 5-MW-Turbinen. Ein Wohnschiff ankert zwischen den Anlagen, ein Arbeitsschiff kreuzt, ein Wachschiff kontrolliert. Die Passagiere der „Lady“ werden mit einem Zahlenfeuerwerk bombardiert. „Die schiere Größe der Anlagen ist beeindruckend“, staunt Dirk Zimmermann (54), Elektriker aus Kavelstorf.

Während auf dem Schiff die Offshore-Zukunft rosarot erscheint, kommt eine Studie zu ernüchternden Ergebnissen: MV profitiert als Küstenbundesland bei der Wertschöpfung weniger vom Offshore-Boom als Binnenländer.

Vor allem Baden-Württemberg hebt sich von den anderen Bundesländern ab, wie das Forschungsinstitut Wind Research ermittelte. Im Ländle arbeiten laut Studie 4284 Beschäftigte in der Offshore-Windenergie. MV liegt im Ranking mit 1018 Beschäftigten und einem Umsatz von 264 Millionen Euro auf Rang 7.

Grund sei der in Baden-Württemberg deutschlandweit größte Sektor im Bereich Engineering und Forschung, so die Forscher. Die höchsten Umsätze im Offshore-Sektor werden mit 1,87 Milliarden Euro in Hamburg generiert. Dort ist die Projektentwicklung besonders

stark. In MV fehlen diese lukrativen Bereiche.

„Wir können Großaufträge wie den Bau von Umspannplattformen auf dem Meer oder die Lieferung von See- und Landkabeln derzeit nicht nach MV vergeben, weil die Spezialunternehmen dort nicht ansässig sind“, bedauert 50Hertz-Sprecher Volker Gustedt.

Gern würde man den belgischen Anlagen-Hersteller Smulders in Rostock sehen. Die Belgier bemühen sich bislang vergebens darum, für den Plattformbau Flächen der ehemaligen MV Werften vom Marinearsenal zu pachten. MV wäre für den Bau von Konverterplattformen geradezu prädestiniert, so Gustedt. Künftige Offshore-Projekte wie Bornholm Energy Island oder die an Total Energies vergebene Fläche seien Gleichstromprojekte, für die Konverter auf See und auf Land erforderlich sind. 50Hertz beschäftigt in MV 40 Mitarbeiter in Güstrow und Greifswald. Etwa 100 bis 200 Jobs könnten dazukommen, sagt Quick. Im Rostocker Hafen will das Energieunternehmen ein Betriebs-

zentrum mit Lager errichten. Der Offshore-Spezialist ist überzeugt: Mit dem grünen Strom mache sich der Nordosten für die Erzeugung von grünem Wasserstoff und für energieintensive Unternehmen interessant. „MV hat die Chance, als Erzeugerland ein Gewinner der Energiewende zu sein, es muss die Chancen jetzt nur ergreifen.“

An Bord der „Lady von Büsum“ hat das Unternehmen Stellenanzeigen ausgelegt. „Wir brauchen Elektroingenieure, Maschinenbauer, Elektrotechniker“, sagt Quick. Jörg Leonhard (25) ist interessiert. Der Stralsunder studiert Windanlagentechnik in Bremerhaven. „Es wäre super, wieder in die alte Heimat zurückzukommen“, sagt er.

Dann fragt er sich zu den Chefs der Windparkbetreiber durch. Auch die sind an Bord. Die Einstiegsgehälter in der Branche liegen bei 60 000 bis 80 000 Euro - Spitzengehälter in MV.

📰 Deister- und Weserzeitung | 09.09.2023 | S. 18

📄 Auflage: 15.441 | Reichweite: 39.296

👤 Christian Branahl

## Strahlendes Erbe – noch für Jahrzehnte

### Atommüll des AKW Grohnde: Wie die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung für Sicherheit sorgen will

*Auch nach dem Atomausstieg bleibt das Weserbergland mit den Folgen der Kernenergienutzung konfrontiert: Die hochradioaktiven Abfälle aus dem Betrieb des AKW Grohnde dürften noch für Jahrzehnte vor Ort bleiben. Wie die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung die Sicherheit gewährleisten will, darüber informierte sie in Emmerthal.*

**EMMERTHAL.** Als „wichtiges und entscheidendes Thema“ sieht Emmerthals Bürgermeister Dominik Petters die sichere Zwischenlagerung der hochradioaktiven Abfälle aus dem AKW Grohnde. Während das Kraftwerk laut Zeitplan Ende der 2030er Jahre zurückgebaut sein soll, bleibt der Atommüll noch lange über den genehmigten Zeitraum des Zwischenlagers hinaus vor Ort. Wie lange? Dazu wagten die Mitarbeiter der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) bei einer Informationsveranstaltung keine Prognose.

Wohl aber stelle die bundeseigene Gesellschaft mit ihrem Forschungsprogramm die Weichen für eine verlängerte Zwischenlagerung über den genehmigten Zeitraum 2046 hinaus – nach dem sich weiterentwickelnden Stand von Wissenschaft und Technik. Das sagte Dr. Jörn Becker, Leiter der BGZ-Forschungsabteilung, am Donnerstag im Rathaus. Dass der Dialog zwischen Betreiber und Gemeinde mit voraussichtlich künftig jährlichen Treffen in Emmerthal wichtig sei, stellte der Bürgermeister heraus. „Wir werden mit dem Status als Zwischenlager-Standort offen umgehen müssen“, sagte Petters.

Nach und nach gibt das AKW die Verantwortung für die bestrahlten Brennelemente an die BGZ ab. Noch in diesem Monat erfolge die nächste Kampagne, um die hochradioaktiven Abfälle in den Transport- und Lagerbehältern vom Typ Castor ins Zwischenlager zu bringen. Wie Carsten Harzer als Leiter des Zwischenlagers Grohnde weiter erklärte, werden es zum Schluss zwischen 70 und 75 Castoren sein, die in dem Gebäude mit 100 genehmigten Stellplätzen sicher aufbewahrt werden müssten. Um unabhängig vom Kraftwerk die Aufgaben gewährleisten zu können, würden in den nächsten Jahren beispielsweise eigene Gebäude für die Wachmannschaft und die rund 25 Beschäftigten gebaut, eine eigene Zufahrt und Zaunanlage für das

Lager zwischen Kühltürmen und Maschinenhaus geschaffen.

Schon seit der Gründung der BGZ im Jahr 2017 verfolge die Gesellschaft eine „schutzorientierte Forschung“, erklärte Becker. In Zusammenarbeit mit Unternehmen und Wissenschaft auf nationaler und internationaler Ebene sollten die Voraussetzungen für eine verlängerte Zwischenlagerung geschaffen werden. Enge Zusammenarbeit gebe es besonders mit der Schweiz, wo es ähnliche Bedingungen gebe, aber ebenso mit Schweden, um Langzeitstudien zu Brennelementen durchzuführen.

Der langjährige Kommunalpolitiker Reinhard Feyer kennt noch die Debatten, als es um die Genehmigung des Zwischenlagers ging. Beispielsweise sei damals argumentiert worden, bei Bedarf undichte Castoren im Kraftwerk reparieren zu können – das sei aber bald nicht mehr möglich, sagte Feyer. Dafür gebe es ein genehmigtes Reparaturkonzept, ohne den Primärdeckel zu öffnen, wofür eine sogenannte „Heiße Zelle“ mit abgeschirmten Bereichen im Zwischenlager Voraussetzung sei, entgegnete BGZ-Sprecher Dr. David Knollmann. Dies sei bundesweit bislang noch nicht notwendig geworden, außerdem ließe sich im Notfall bei den mit einem doppelten Deckeldichtsystem konstruierten Castoren ein sogenannter Fügedeckel aufschweißen.

Bei allen Details zu Forschung und Technik: Das große Fragezeichen bleibt, wie lange der Atommüll vor Ort sicher gelagert werden muss. Eigentlich sollte bis 2031 der Standort des Endlagers für hochradioaktiven Atommüll feststehen, um etwa 2050 in Betrieb zu gehen. Zuletzt hieß es aber von der zuständigen Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), dass sie im besten Fall mit dem Jahr 2046 rechne, ein anderes Szenario sieht gar einen Zeitkorridor bis 2068 vor, bis ein Stand-

ort feststeht. Selbst nach Inbetriebnahme könnte es laut BGZ noch einmal drei Jahrzehnte dauern, bis alle Abfälle aus den bundesweit 1500 Lagerbehältern unter Tage seien.

„Unglaublich, dass es deshalb kein Entsetzen und keinen Aufschrei gibt“, sagte AKW-Gegner Thomas Hülsen zu dieser Perspektive. Vor einer beschleunigten Suche warnte im Rathaus hingegen die heimische Grünen-Landtagsabgeordnete Britta Kellermann, atompolitische Sprecherin ihrer Fraktion. „Wir wollen mitbestimmen und nicht wie mit Gorleben ein Endlager übergestülpt bekommen“, sagte sie über das bundesweite Suchverfahren, das sie etwa durch Regionalkonferenzen und Öffentlichkeitsbeteiligung als

sehr transparent bezeichnete. Die offene Frage des Endlagers griff zum Schluss der Bürgermeister auf. Zu einem nächsten Treffen sollte die BGE eingeladen werden, schlug er vor. Petters: „Der Austausch ist gut – aber dazu gehört auch der Punkt, wie lange wir mit dem Zwischenlager leben müssen.“

Zwischen Kühltürmen und Maschinenhaus befindet sich in der Mitte das Zwischenlager mit den hochradioaktiven Abfällen. Um das Thema Sicherheit ging es im Rathaus. Mit dabei (unten v. li.): Zwischenlager-Leiter Carsten Harzer, Dr. Jörn Becker als Leiter der BGZ-Forschungsabteilung, Bürgermeister Dominik Petters und BGZ-Sprecher Dr. David Knollmann. Fotos: cb